

# „Es geht nicht um soziale Almosen“

Matthias Katsch, Sprecher von Opfern sexuellen Missbrauchs, übt scharfe Kritik am Entschädigungsmodell des Erzbistums Freiburg

Von Frank Zimmermann

FREIBURG. Mit scharfer Kritik hat Matthias Katsch vom Verein „Eckiger Tisch“, der die Interessen von Opfern sexuellen Missbrauchs vertritt, auf das „Freiburger Modell“ reagiert. Das Erzbistum Freiburg hatte zu Jahresbeginn als erstes der 27 deutschen Bistümer eine monatliche Unterstützung für Opfer sexuellen Missbrauchs durch Geistliche eingeführt. Dass die Höhe dieser Hilfe, die bis zu 800 Euro im Monat beträgt, sich nach der Bedürftigkeit der Opfer richtet, findet Katsch „absurd“.

180 Opfer hatten im Erzbistum Freiburg bis Januar auf Antrag eine einmalige Zahlung erhalten, die zwischen 5000 und maximal 30 000 Euro liegt. Neu ist, dass das Erzbistum zusätzlich eine dauerhafte monatliche Unterstützung gewährt, die sich an der Bedürftigkeit der Missbrauchsoffer orientiert. Genau daran stört sich Matthias Katsch, in den 70er-Jahren als Schüler der Berliner Jesuitenschule Canisius-Kolleg selbst Opfer sexuellen Missbrauchs und seit Jahren einer der führenden Köpfe von Betroffeneninitiativen.



Matthias Katsch

Man könne über Einzelfallprüfungen sicherlich Abstufungen bei der Höhe der Zahlungen vornehmen, allerdings müsse sich diese an den Taten und den Folgen für die Opfer orientieren und nicht an deren Bedürftigkeit. „Es davon abhängig zu machen, ob es einen armen oder reichen Menschen getroffen hat, geht nicht“, sagt der 57-Jährige, der in Offenburg lebt. „Es geht hier nicht um soziale Almosen, son-

dern um eine Entschädigung für einen Schaden, den die Kirche mit verursacht hat.“

Katsch nimmt nicht nur die Einzeltäter in die Pflicht, sondern die Kirche als ganze, die Verantwortung für ihr „schuldhaftes Versagen“ übernehmen müsse. Denn: „Wenn ein Priester, der jemanden missbraucht hat, einfach versetzt wird und dann erneut jemanden missbraucht, kann man darüber diskutieren, ob das nicht mehr als nur fahrlässig ist. Das ist Beihilfe zu einem Verbrechen.“

Katsch war Mitglied einer Expertenkommission, die für die Deutsche Bischofskonferenz (DBK) Empfehlungen für angemessene Entschädigungszahlungen erarbeitet hat. Darin ist von Beträgen von bis zu 300 000 Euro pauschal oder zwischen 40 000 und 400 000 Euro je nach Einzelfall die Rede. Diese Empfehlungen wurden auf der Vollversammlung der Bischöfe im vergangenen Herbst debattiert, einen Beschluss der DBK gibt es bislang dazu allerdings nicht.

Zahlungen in solcher Höhe seien nicht zu leisten, hatte der Freiburger Erzbischof Stephan Burger diese Empfehlungen kommentiert. Katsch sieht das anders: „Ich verstehe völlig, dass wir uns bei deutlich sechsstelligen Entschädigungen

in Bereichen bewegen, die für die Kirche nicht leicht aufzubringen sind.“ Dass aber ausgerechnet die reichste Kirche der Welt es nicht schaffen solle, „etwas zu stemmen, was Kirchen in Irland, den Niederlanden, Australien und in zahlreichen US-Bundesstaaten hinbekommen haben“, sei für ihn nicht nachvollziehbar.

Die Kommission, sagt Katsch, habe sich bei ihren Empfehlungen an den Folgeschäden für die Opfer orientiert. „Das geht von beruflichen Einschränkungen und verpassten oder gescheiterten Beziehungen bis hin zu physischen und psychischen Erkrankungen oder auch Suchterkrankungen.“ In seinem Buch „Damit es aufhört“ schildert Katsch das Schicksal eines missbrauchten Mitschülers, der zum Alkoholiker wurde.

Würde sich die Kirche den Empfehlungen anschließen, wäre sie in Deutschland für Katsch Vorreiter für eine Schmerzensgeldbetrachtung, „die nicht nur an der Tat ansetzt, sondern die Folgen berücksichtigt“. Damit würde die Kirche andere Institutionen und den Staat unter Druck setzen, zu schauen, „ob die Art und Weise, wie mit Schadensersatz- und Schmerzensgeldansprüchen von Opfern anderer Straftaten umgegangen wird, eigentlich angemessen ist“.